

## **Medien, Zivilgesellschaft, und »Kiez« Kontexte des Aufbaus der politischen Öffentlichkeit in Brasilien<sup>1</sup>**

Die Feststellung, daß in den zeitgenössischen Demokratien öffentliche Kommunikationsformen zu einem zentralen Instrument der politischen Legitimationsvermittlung wurden, ist mittlerweile trivial. Ebenfalls banal scheint die Behauptung zu sein, daß klientelistisch geprägte Loyalitätsbindungen in der politischen Landschaft Lateinamerikas noch (vor)herrschen. Spannend ist jedoch die Frage, wie in den »neuen Demokratien« Lateinamerikas traditionelle politische Praktiken und massenmediale Instrumente der Loyalitätsbeschaffung zusammenwirken und den Politikalltag zu einer Collage widersinniger Fragmente machen. Diesem Fragenkomplex soll hier anhand des brasilianischen Beispiels nachgegangen werden.

### **1. Die kollektiven Akteure in der modernen Öffentlichkeit**

Innerhalb verschiedener Denktraditionen wurde die Rolle der Öffentlichkeit in demokratischen Gesellschaften untersucht und entsprechend differenziert geschildert (vgl. als Überblick Benhabib 1992). In der gegenwärtigen demokratietheoretischen Debatte stehen vor allem ein funktionalistisches und ein diskurstheoretisches Konzept von Öffentlichkeit im Mittelpunkt.

In dem funktionalistischen Modell<sup>2</sup> wird Öffentlichkeit als ein intermediäres System aufgefaßt,

---

1 Dieser Beitrag beruht auf einem Abschnitt meiner unter Betreuung von Prof. Renate Rott an der FU-Berlin abgeschlossenen Dissertation. Für kritische Bemerkungen danke ich der PROKLA-Redaktion, den Mitgliedern des von Prof. A. Honneth geleiteten wissenschaftlichen Colloquiums sowie Ursula Ferdinand und Christoph Wichtmann.

2 Obwohl dieses Öffentlichkeitskonzept von der Systemtheorie geprägt wird, weisen ihre Vertreter - anders als Luhmann (vgl. Gerhards 1993, 23) - dem politischen System eine Sonderstellung zu: Diesem wird »sowohl eine übergeordnete Stelle als Problemadressat als auch eine Sonderstellung als Problemlösungssystem« zugeschrieben (ebd.). D.h., daß das politische System seine Steuerungsfunktion aufrechterhält. Die Bezeichnung »funktionalistisch« wurde hier aus praktischen Erwägungen gewählt, wird aber dem vorgestellten Modell nicht vollkommen gerecht, denn es handelt sich eigentlich um ein Mischkonzept, das Züge verschiedener theoretischer Ansätze trägt.

»dessen politische Funktion in der Aufnahme (input) und Verarbeitung (throughput) bestimmter Themen und Meinungen sowie in der Vermittlung der aus dieser Verarbeitung entstehenden öffentlichen Meinungen (output) einerseits an die Bürger, andererseits an das politische System besteht« (Gerhards/Neidhardt 1990, 6).

Aus dieser Definition läßt sich das Bild der Öffentlichkeit als ein Meinungsmarkt ableiten, auf dem die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure (Parteien, Verbände etc.) um die knappe Ressource »öffentliche Aufmerksamkeit« konkurrieren. Dabei versuchen die Akteure, sich am Generierungsprozeß der öffentlichen Meinung zu beteiligen, um Einfluß auf die Entscheidungsträger zu nehmen.

Nach diesem Konzept von Öffentlichkeit nimmt die durch die Mitwirkung der verschiedenen sozialen Akteure gestaltete öffentliche Meinung nicht unmittelbar die Form von politischen Entscheidungen an. Diese »Konversion« erfolgt nach einem zweistufigen Modell: Im ersten Stadium geht es um die öffentliche Formulierung eines Themas und diesbezüglichen Positionen (Meinungsbildung). Erst wenn die thematisierte Frage vom politischen System aufgenommen worden ist (zweites Stadium), kann sie sich in eine konkrete Entscheidung umwandeln (Gerhards 1993, 26).

Diese beiden Stadien entsprechen verschiedenen Entwicklungsphasen einer »Karriere«, die die Themen durchlaufen, während die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie gerichtet wird. Dabei hängen die Aussichten, daß ein Problem ein öffentliches Thema wird, weniger mit dessen inhaltlichem Gehalt zusammen, als mit praktisch-strategischen Interessen. So haben Probleme, die sich mit einem attraktiven Etikett versehen lassen oder die von Akteuren gefördert werden, die über mächtige Kommunikationsressourcen verfügen, bessere Chancen thematisiert und in die politische Agenda aufgenommen zu werden als etwa die Belange alternativer Gruppen oder politischer Außenseiter (Pfetsch 1994, 16).

Die Regierung versucht, Probleme aufzugreifen, deren Lösungen möglichst umfassende Akzeptanz finden. Dabei fungiert die Exekutive sowohl als Adressat als auch als Mitgestalter von Öffentlichkeit, d.h. die Regierung kann durch Öffentlichkeitsarbeit entweder die Thematisierung von Problemen fördern, wenn es um konsensfähige Probleme geht, oder Karrieren von Themen verhindern, deren Behandlung die »etablierten Interessen bedrohen« oder die potentiell konfliktiv sind (ebd., 15).

Doch im institutionellen Rahmen der Parteienkonkurrenz bleibt die Regierung durchweg auf die Berücksichtigung der Meinungslage angewiesen. Die regierenden Parteien fungieren wie alle anderen Parteien als »Akteure der Interessenaggregation«, die gesellschaftliche Belange zu einem programmatischen Themenbund binden und sich damit periodisch dem Wählerpublikum stellen (Gerhards 1993, 35ff). Die Vernachlässigung von

Themen kann den künftigen Stimmenverlust von Wählergruppen darstellen, die hinter diesen von der Regierung nicht weiterbearbeiteten Problemen stehen.

Im Gegensatz zu den Parteiakteuren der »Interessenaggregation«, die um Exekutivposten konkurrieren, werden - nicht trennscharf - die Akteure der »Interessenartikulation« unterschieden, die unmittelbaren Einfluß auf die Exekutive nehmen wollen. Zu diesen Akteuren werden sowohl die Interessengruppen und Verbände als auch soziale Bewegungen, Protestgruppen und Bürgerinitiativen (»Protestakteure« genannt) gezählt (ebd.).

Im Vergleich zu den anderen Akteuren der »Interessenartikulation« weisen die Protestakteure ein geringeres Organisationsniveau auf und verfügen über eine andersartige Ressourcenbasis: Während den Verbänden und Interessengruppen verschiedene Mittel der Einflußnahme auf die Entscheidungsträger (Geld, Kontakte zu den Eliten, Organisationsmacht) zur Verfügung stehen, stellt die Mobilisierung der Öffentlichkeit für die Protestakteure den wichtigsten - häufig den einzigen - Weg dar, um politische Entscheidungen zu beeinflussen (Gerhards/Neidhardt 1990, 27, Anm. 18). Normativ wird den Protestakteuren jedoch kein differenzierter Gehalt zugeschrieben. Sie zählen zu den strategisch handelnden »Öffentlichkeitsakteuren«, die ausgehend von ihren eigenen Interessen versuchen, über die Medien ein »unterhaltungs- und orientierungsbedürftiges Publikum« zu erreichen (Neidhardt 1994, 7). Dabei werden die typischen Ausdrucksformen der Protestbewegungen (wie Protestaktionen und Kundgebungen) konzeptionell mit Instrumenten einer symbolischen Politik gleichgesetzt, die Ereignisse für die Medien inszeniert. Beide Erscheinungen werden als Pseudoereignisse gekennzeichnet, die im Rahmen des »news managements« u.a. durch ihren Schaulustwert einen Nachrichtenwert erzeugen sollen (Pfetsch 1994).

In der hauptsächlich von Habermas entwickelten diskurstheoretischen Konzeption wird dieses Bild einer restlos vermachteten Öffentlichkeit bestritten.<sup>3</sup> Nach diesem Konzept kreuzen sich in der politischen Öffentlichkeit »die kommunikative Erzeugung legitimer Macht mit der manipulativen Inanspruchnahme der Medienmacht zur Beschaffung von Massenloyalität, Nachfrage und 'compliance' gegenüber systemischen Imperativen« (Habermas 1990, 45). Habermas geht also über den empirisch evidenten Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit hinaus, der im geschilderten funktionalistischen Modell als Öffentlichkeit schlechthin gilt, und recherchiert die Herkunft der »Inputs«, die in die Öffentlichkeit gelangen.

---

3 Hier beziehe ich mich nicht auf die Studie »Strukturwandel der Öffentlichkeit«, die den Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit beschreibt, sondern auf jüngere Beiträge von Habermas, welche die Aufrechterhaltung einer »politisch fungierenden Öffentlichkeit« behandeln (Habermas 1990).

Dabei stellt er fest, daß es hinter dem Kampf um Medienpräsenz eine tiefere Ebene gibt, die mit der »Erzeugung legitimer Macht« zusammenhängt. Die Habermassche Konzeption der politischen Öffentlichkeit steht in Zusammenhang mit seiner Antwort auf die Frage, wie gesellschaftliche Ordnung ohne »Transzendenz und Tradition«, also in einem säkularisierten Kontext, überhaupt möglich ist. Habermas erkennt die bindende Kraft der systemischen Steuerung, er erfaßt jedoch auch einen zweiten Bereich, die Lebenswelt, die durch verständigungsorientierte Handlungen gekennzeichnet ist.<sup>4</sup> Daraus resultiert das Bild einer politischen Öffentlichkeit, die nicht zur bloßen Bühne strategisch handelnder Akteure degradiert wird, sondern »eine Mischung von systemischen Steuerungsversuchen einerseits *und* lebensweltlicher, autonomer Willensbildung mündiger Privatleute andererseits ist« (Rödel u.a. 1989, 161). Mit anderen Worten: Die Öffentlichkeit besteht nicht nur aus Diskursen, die lediglich den ökonomischen und administrativen Machtanspruch partikularer Gruppen verdecken, sondern in sie fließen auch im Alltag kristallisierte Kommunikationsströme ein, die gesamtgesellschaftlich relevante Fragen aufwerfen.

Im diskurstheoretischen Modell besteht die normative Bedeutung der politischen Öffentlichkeit darin, zwischen diesen in der Lebenswelt generierten Impulsen und den Körperschaften, die die politische Willensbildung institutionell artikulieren, als Vermittlungsinstanz zu fungieren.<sup>5</sup> Wenn die Kommunikationsströme, die aus den »Mikrobereichen der Alltagspraxis« entstehen, die Grenzen der »autonomen Öffentlichkeiten«<sup>6</sup> extrapolieren, können sie in die demokratisch verfaßten Beschlußgremien hineinfließen und die dort getroffenen Entscheidungen prägen. Die flüssige kommunikative Macht wird also »im Modus der Belagerung«<sup>7</sup> ausgeübt: »Sie wirkt auf die Prämissen der Urteils- und Entscheidungsprozesse des politischen Systems ohne Eroberungsabsicht ein« (Habermas 1992a, 208).

- 
- 4 Nach Rödel u.a. (1989, 158f) »entdämonisiert« Habermas mit dem dualen Modell System/Lebenswelt die formale Rationalität. Ohne den Rekurs auf kontrafaktische Potentiale kann man sich nun einen politischen Ausweg aus der Entfremdung vorstellen, die mit der Verbreitung formaler Rationalität zusammenhängt: Es gibt noch eine Instanz, die nicht »kolonisiert« wurde, nämlich die Lebenswelt. Einer emanzipatorischen Politik geht es dann nicht mehr, wie bei der klassischen kritischen Theorie, um eine »Unterordnung der Zweckrationalität«, sondern lediglich darum, einen institutionellen »Sicherheitszaun« zwischen System und Lebenswelt zu errichten.
  - 5 Aufgrund der Fragestellung meines Beitrags wird lediglich die Öffentlichkeit als gesellschaftliche Vermittlungsinstanz dargestellt, und nicht das Rechtssystem, das im diskurstheoretischen Demokratieverständnis im Vordergrund steht.
  - 6 »Autonom« nennt Habermas (1985, 422) Öffentlichkeiten, »die nicht vom politischen System zu Zwecken der Legitimationsbeschaffung erzeugt und ausgehalten werden«.
  - 7 Das Bild der Belagerung wird in Habermas (1992c, 429ff) durch das Schleusenmodell ersetzt: sukzessive institutionelle Schleusen filtern die Kommunikationsströme, die sich von der Peripherie in die Entscheidungszentren hineinbewegen.

Die demokratisch institutionalisierten Verfahren sollen dafür sorgen, daß die spontane Meinungsbildung auf den verschiedenen Entscheidungsebenen gewürdigt wird. Somit wird prozedural gesichert, daß die sozialintegrative Kraft der Solidarität, die den lebensweltlichen Kommunikationsimpulsen innewohnt, den (systemischen) Ressourcen, die den »Integrations- und Steuerungsbedarf« (Habermas 1992b, 23) moderner Gesellschaft befriedigen, nämlich Geld und administrative Macht, entgegenwirkt.

Sorgen die rechtsstaatlichen Garantien dafür, daß die Kommunikationsströme, die im Rahmen verständigungsorientierter Interaktionen generiert wurden, in die Entscheidungsebene einfließen, so bleibt noch die Frage nach der gesellschaftlichen Basis einer solchen spontanen lebensweltlich verankerten Meinungsbildung offen. Hierbei rückt die Zivilgesellschaft in den Vordergrund. In diesem Kontext sind damit unterschiedliche freiwillig organisierte Zusammenschlüsse (Vereine, Initiativen etc.) gemeint, »die die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, *kondensieren* und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit *weiterleiten*« (Habermas 1992c, 443, Herv. S.C.).

Den zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt in diesem Konstrukt eine Doppelrolle zu. Die »Kondensierung« der im Alltag auftretenden Problemlagen entspricht der *defensiven* Dimension dieser Akteure. Dabei handelt es sich um die Aufrechterhaltung und die Erweiterung der »kommunikativen Infrastruktur der Lebenswelt« bzw. um die Herstellung von autonomen Öffentlichkeiten. Mit der »Weiterleitung« der im Rahmen von alltäglichen Praktiken thematisierten Probleme schaltet sich die *offensive* Dimension zivilgesellschaftlicher Akteure ein. Dabei geht es um den Versuch,

»Beiträge zu Problemlösungen zu liefern, neue Informationen beizusteuern, Werte anders zu interpretieren, gute Gründe zu mobilisieren, schlechte zu denunzieren, um so einen breitenwirksamen Stimmungsumschwung herbeizuführen, die Parameter der verfaßten politischen Willensbildung zu verändern und zugunsten bestimmter Politiken Druck auf Parlamente, Gerichte und Regierungen auszuüben« (Habermas 1992c, 448).<sup>8</sup>

## 2. Die Öffentlichkeit in Brasilien

### *Politische Aspekte*

Schon aus den bahnbrechenden klassischen Studien (Oliveira Vianna 1942; Freyre 1936), die die Konturen einer brasilianischen »Sozialpsychologie« nachzeichnen, geht ein wesentliches Merkmal der brasilianischen

---

8 Indem Habermas die sozialen Bewegungen generell als zweidimensionale (defensiv/offensive) Akteure betrachtet, nimmt er offenbar die Kritik von Cohen und Arato (1992, 531ff) auf. Noch in seiner *Theorie des kommunikativen Handelns* schrieb Habermas (1981, 575ff) ihnen (mit Ausnahme der Frauenbewegung) lediglich einen defensiven Charakter zu.

Öffentlichkeit hervor: die übergroße Rolle des den öffentlichen Raum begrenzenden Privatbereichs.

»Wir Brasilianer sind alle ungefähr so: das häusliche Leben nimmt uns in einem solchen Maße in Anspruch, daß das öffentliche und soziale Leben vor dieser Vorherrschaft kapituliert und sich zurückzieht« (Oliveira Vianna 1942, 34).<sup>9</sup>

Viele zeitgenössische Beiträge unterstützen diese klassische Diagnose. Sie legen dar, daß die Logik der Privatsphäre, ja der Familienbindungen, in den öffentlichen Raum eindringt und die Beziehungsmuster auf dieser Ebene prägt. So zeigt zum Beispiel der Anthropologe DaMatta (1985) auf, wie die »Vetternwirtschaft« im weitesten Sinne nicht eine Entstellung, sondern einen konstitutiven Bestandteil der brasilianischen politischen Kultur verkörpert. Sie stellt den Kontrapunkt jenes politisch-öffentlichen Diskurses dar, der den liberal-universalistischen Charakter der Politik betont, während die politische Praxis durch die differenzierte Behandlung der Freunde, die Privilegierung der Verwandten etc. charakterisiert wird. Dabei handelt es sich lediglich um eine Beziehungsloyalität, die keinerlei rechtliche oder ideologische Verankerung aufweist. In DaMattas origineller Formulierung:

»[Wenn wir] zwischen einem unpersönlichen Gesetz, das besagt: 'Verboten!' und einem guten Kumpel, der sagt: 'Ich will es!' [entscheiden müssen], stehen wir hinter dem Freund und vergessen das Gesetz« (DaMatta 1992, 17).

Ausgehend von diesen »häuslichen« Mustern werden die öffentlichen Kontakte aufgenommen: Man versucht, im öffentlichen Raum stets neue Loyalitäten zu gründen und neue Kompromisse zu schließen. Wenn Konflikte auftauchen, wird erwartet, daß diese nicht sachlich, aufgrund bestimmter Rechte und Pflichten, sondern persönlich gelöst werden, also durch ein Ritual, das die fremde Gegenpartei in Freund (oder Feind) umwandelt:<sup>10</sup>

»Man weiß, daß die Erwähnung einer unpersönlichen und universalistischen Behandlung eine Form darstellt, um ein Problem entweder nicht zu lösen oder um dessen Lösung zu erschweren« (ebd., 67).

Die Implikationen dieser sozialen Dynamik für die Konsolidierung der Staatsbürgerschaft liegen auf der Hand. Der Staatsbürger ist nicht die Grundeinheit der politischen Gemeinschaft. Nicht über allgemein geltende

9 Übersetzung dieses und der übrigen Zitate vom Verfasser.

10 Santos (1993, 102ff) zeigt in einer umfassenden empirischen Studie, daß die *Verheimlichung* von Konflikten ein konstitutives Element der politischen Kultur Brasiliens ist. In der Untersuchung erklärte nur ein kleiner Teil der brasilianischen Erwachsenen, an irgendeinem Konflikt (im Rahmen der Arbeit, der Ehe etc.) beteiligt gewesen zu sein. Die Mehrheit derjenigen, die die Beteiligung an einem Konflikt zugaben, löste die Angelegenheit mit ihren eigenen Mitteln - also ohne Rekurs auf institutionelle oder gerichtliche Wege. Dies belegt, so Santos, das schwache gesellschaftliche Vertrauen in die institutionellen Mechanismen der Konfliktlösung.

Normen werden die Teilnehmer der politischen Gemeinschaft integriert, sondern über die Familien, die Freundschaftskreise etc., in denen sich der Vollgenuß der »Staatsbürgerrechte« realisiert - oder eben nicht.

Doch mit dieser politischen Integrationsform hängen offensichtlich Umstände zusammen, die es erschweren, daß die Öffentlichkeit ihre im demokratischen Kontext zugeschriebenen Funktionen erfüllen kann, nämlich als Arena zu fungieren, in der es zu einer mehr oder weniger freien Willensbildung kommt und die dann als Legitimation der politischen Ordnung dienen kann. Hier zeigen sich mindestens drei miteinander zusammenhängende Problembereiche, und zwar:

1) *Ungleiche Intensitäten politischer Integration.* Es wird ersichtlich, daß in einem Kontext, in dem Art und Ausmaß des Zugangs zu öffentlichen Gütern (von staatlichen Leistungen bis hin zu der Gewährleistung der Verfassungsrechte durch den Justiz-, Polizeiapparat etc.) von persönlichen Beziehungen abhängt, nur eine äußerst hierarchisierte Form der Staatsbürgerschaft entstehen kann. Diejenigen, die keine Beziehungen zu einflußreichen Personen oder Institutionen haben, können nur partiell (qualitativ und quantitativ betrachtet) die geltenden Verfassungsrechte in Anspruch nehmen. D.h. es gibt Bevölkerungsgruppen, die sich selbst nicht als Bürger bzw. als Mitglied einer auf allgemein geltenden Normen beruhenden politischen Gemeinschaft wahrnehmen, und die darüber hinaus die Legitimität dieser Normen nicht anerkennen können. Diese Gruppen leben in einer, wie es Prandi (1992, 84) nennt, »voretischen Welt«. Damit meint der Autor einen Kontext, in dem die rasante Urbanisierung zu einem Verlust tradierter Werte und Normen führte: Die religiösen Normen, die historisch als ethische Referenz für diese Bevölkerungsgruppen galten, haben bereits ihre bindende Kraft verloren, ohne daß an deren Stelle sozial tragfähige säkularisierte Werte und ein entsprechender Normenkodex getreten wären.

2) *Zerstörung der Legitimationsgrundlage der Verfassungsordnung.* Werden die universell geltenden Normen einer Logik der persönlichen Beziehungen untergeordnet, so wird ungewiß, auf welcher Grundlage (schriftlich fixierte Normen oder Logik der Beziehung) die sozialen Interaktionen überhaupt erfolgen sollen. So muß bei jeder öffentlichen Kontaktaufnahme das zweckmäßige Verhalten erst herausgefunden werden, da dieses nicht unbedingt mit den Vorschriften übereinstimmt. Dadurch geraten aber Prämissen der Verfassungsordnung in Gefahr, nämlich der Glaube an die Effektivität des vorschriftsgemäßen Handelns und die Erwartung, daß sich die Gesamtheit der Gesellschaftsmitglieder an diese Normen hält.

Santos (1993, 108ff) zufolge entspricht der Zerfall der universellen Normen einem Entzug jeglicher positiver symbolischer Bedeutung, die die Gesellschaft dem öffentlichen Raum im Prinzip zuschreibt. Dies kann zu ei-

nem Rückzug ins Private führen, aber auch die Entstehung kleiner sozialer Gruppierungen (Verbrecherbanden, Korruptionsnetzwerke usw.) hervorruhen, die das Strafgesetzbuch völlig ignorieren und nach ihren eigenen Ehrenkodexen handeln.

3) *Unausgewogenheit zwischen Partizipation und Repräsentation.* In einer umfassenden Studie über *Politik und Gesellschaft in Lateinamerika* geht auch Alain Touraine (1989) auf die Bedeutung der Beziehungsloyalität für die Konstituierung des lateinamerikanischen öffentlichen Raumes ein. Hier werden einige Aspekte seiner Argumentation wiedergegeben, die die brasilianische Realität, so wie ich meine, treffend beschreiben. Touraine zufolge läßt sich die Dynamik der politischen Öffentlichkeit in Lateinamerika nicht durch das europäische Muster einer Parteienkonkurrenz erklären, in der die politischen Akteure (Parteien, Fraktionen, Einzelpolitiker etc.) zwischen sozialen Interessen und einem Staat vermitteln, dessen politische Amtsinhaber periodisch neugewählt werden. Ebenso wenig eignet sich das amerikanische Demokratiemodell, in dem Interessengruppen auf dem politischen Markt konkurrieren und sich somit gegenseitig begrenzen. Für Lateinamerika zeigt sich eher, daß die mächtigen ökonomischen Gruppen kaum versuchen, über die Öffentlichkeit einen entsprechenden Einfluß auf die politischen Entscheidungen zu nehmen. Statt dessen werden die Interessen unmittelbar über Amtsinhaber innerhalb des Staatsapparates vertreten, indem die ökonomischen Gruppen Einzelpolitiker bestechen, Behörden »feudalisieren« und sie für die Umsetzung bestimmter Zwecke ausnutzen (vgl. O'Donnell, 1993).

Die Parteien haben in diesem Kontext keine Inhalte einer organischen Ideologie, auf die sich die innerparteilichen Diskurse und Handlungen beziehen. Die politischen Akteure stützen sich vielmehr auf die Familien- und Freundschaftsnetzwerke, die an die Stelle der fragil organisierten sozialen Akteure treten. In einem solchen öffentlichen Raum, so Touraine, rücken Kategorien wie Ehre, Loyalität, Verrat, affektive Präferenzen statt strategischer Koalitionen und politischem Kalkül ins Zentrum der politischen Sprache bzw. des politischen Handelns. Damit ist Politik nicht nur eine Frage von »Interessen«, sondern auch eine von »Leidenschaften«. In diesem Politikverständnis gibt es keinen Raum für die »Kälte« und die »didaktischen« Diskurse, die die europäische Politik kennzeichnen: Man redet eher von den im Alltag erlebten Härten und Beklemmungen, von Freude und Trauer, von konkret existierenden Gemeinschaften und Menschen.

Dieser »expressiven Erscheinungsform der Politik«, so Touraine (1989, 178), entspricht ein Muster des kollektiven Handelns, das mit zwar explosiven, aber episodischen Sozialerschütterungen einhergeht, als ob »die Leidenschaften eher kurze und gewaltsame Dramen als langfristige organi-

siertes Handeln erzeugen könnten«. Ein politisches Engagement, das nicht von reflektionsgestützten Urteilen ausgeht, sondern lediglich von Betroffenheit, Empörung und diffusen gemeinschaftlichen Zugehörigkeitsgefühlen, kann zwar in spektakuläre Massendemonstrationen münden, aber keine Dauerakteure entstehen lassen, die zu einer sinnvollen Teilnahme am Willensbildungsprozeß fähig sind. Somit kann die verflüssigte gesellschaftliche Solidarität, die bei diesen episodischen Mobilisierungsprozessen zum Ausdruck kommt, nicht *kontinuierlich* auf die Domäne der Politik einwirken.

### Die Medienlandschaft

Nachdem der Hörfunk über mehrere Jahrzehnte seine Vormachtstellung als wichtigstes und verbreitetstes Massenmedium Brasiliens aufrechterhalten konnte, macht ihm das Fernsehen derzeit diese hegemoniale Stelle streitig. Inzwischen erreicht das Fernsehen - je nach Region - bis zu 92% der Brasilianer. Der Empfang und die Zeit, die beim Fernsehen verbracht wird, stehen in umgekehrter Proportion zu dem Einkommensniveau: Je ärmer die Bevölkerungsgruppe ist, desto mehr und öfter wird ferngesehen (Miceli 1989, 23).

Im Bereich der Printmedien ist dagegen eine positive Wechselbeziehung zwischen Einkommen und Verbreitung von Zeitungen bzw. Zeitschriften zu beobachten: Stuft man die brasilianische Bevölkerung in fünf Einkommensklassen ein, so erreichen die Zeitungen 87% der obersten und nur 16% der untersten Bevölkerungsschicht. Die Leserdichte (Anzahl der Zeitungsexemplare pro 1000 Einwohner) liegt bei 57 - ein im Vergleich mit Deutschland (350), den USA (268) aber auch Mexiko (120) oder Venezuela (186) bescheidener Koeffizient (Wilke 1992, 97ff).

Besteht in der Zeitschriftenproduktion eine eindeutige Besitzkonzentration (ein einziger Verlag gibt neun der zehn auflagenstärksten Zeitschriften heraus - ebd., 104), so existieren auf dem Zeitungsmarkt mehrere wichtige Organe, die im Besitz verschiedener Unternehmensgruppen sind und unterschiedliche Meinungen repräsentieren. Doch unter den überregionalen Zeitungen läßt sich eine Tendenz zur Oligopolbildung erkennen: Den vier größten Organen gehört über die Hälfte des Vermögens bzw. des Umsatzes der insgesamt etwa 300 brasilianischen Tageszeitungen (Silva 1986, 41; Michahelles/Leite 1994, 566).

Kein anderer Medienbereich weist aber eine solche Machtballung auf, wie sie im Bereich des Fernsehens herrscht. Vier<sup>11</sup> privatrechtlich organisierte

---

11 Die Privatnetze haben eine Einschaltquote von insgesamt 98%. Die Entstehung neuer TV-Formen - wie »community TV«, »local relay stations« und »subscription TV« - trägt nicht groß dazu bei, die Machtballung im Fernsehbereich abzubauen, denn die neuen Anstalten bie-

Fernsehtetze kontrollieren fast den gesamten Markt, dabei erreicht Rede Globo, das mächtigste Medienunternehmen Brasiliens und das viertgrößte der Welt, durchschnittliche Einschaltquoten von über 70%. Der Einfluß von Rede Globo auf die Meinungsbildung in Brasilien wird allgemein als »gewaltig« (Michahelles/Leite 1994) bezeichnet: Nach einer 1988 durchgeführten Umfrage halten 80% der Brasilianer Rede Globo für die einflußreichste brasilianische Institution, noch vor dem Staatspräsidenten, der Kirche und dem Nationalkongreß (Wilke 1992, 125). Rede Globo ist sich seiner gesellschaftlichen Macht bewußt und spielt eine entsprechend bedeutende Rolle. Während des Wahlkampfs wählt das Medienunternehmen seine Kandidaten aus und favorisiert diese in ihrer Berichterstattung. Das augenfälligste und meistzitierte Beispiel stellte die Unterstützung des Kandidaten Collor dar, der 1989 dank zahlreicher TV-Auftritte als »well-trained television performer« (Flynn 1993, 357; vgl. auch Lima 1993) in wenigen Monaten von einem unbedeutenden Provinzpolitiker zum Staatspräsidenten aufstieg.

Im Vergleich zum Fernsehwesen herrscht im Hörfunkbereich eine viel dezentralisiertere Besitzstruktur. Jedoch kann auch die Radiolandschaft nicht als ein freier Markt bezeichnet werden, da auch hier politische Präferenzen eine wichtige Rolle spielen. Die Konzessionen für den Betrieb von Radiosendern (sowie Fernsehanstalten) werden von der Regierung meistens aufgrund politischer Kriterien erteilt. Das inhaltliche und technische Konzept eines Lizenzantrages wird kaum berücksichtigt, maßgebend ist die politische Loyalität zur Regierung, die die Antragsteller versprechen.<sup>12</sup>

### 3. Der Aufbau der Öffentlichkeit in Brasilien

Nach der gerade erfolgten Schilderung scheinen in der von Medienriesen beherrschten brasilianische Öffentlichkeit traditionell-populistische Formen der Loyalitätsbeschaffung mit medialen Manipulationsstrategien der politischen Massenpräferenzen zusammenspielen. Allerdings gibt es auch

---

ten auch nur die Programme der größten Netze an (Amaral/Guimaraes 1994, 37).

- 12 Im Jahre 1987 war der damalige Präsident Sarney Protagonist eines der skandalösesten Mißbräuche des Vorrechts der Exekutive, über die Konzession von Radio- bzw. Fernsehsendern zu entscheiden. Durch eine generöse Erteilung von Lizenzen gelang es ihm, eine positive Stellungnahme des Nationalkongresses für die Verlängerung seiner Amtszeit für ein weiteres Jahr zu erhalten. Von den 91 Parlamentariern (16,3% der Parlamentsmitglieder!), die in der Regierung Sarney eine Betriebslizenz für eine Radio- bzw. TV-Anstalt erhielten, stimmten 82 der verlängerten Amtszeit zu (Motter 1994, 94ff). Die 1988 gebilligte Verfassung änderte zwar die bis dahin geltenden Lizenznormen, jedoch nicht grundsätzlich. Dem neuen Verfassungstext zufolge müssen die neuen Konzessionen bzw. ihre Verlängerung vom Nationalkongreß in Einklang mit einem aus Vertretern der »Zivilgesellschaft« zusammengesetzten Kommunikationsrat erteilt werden. Diesem Rat wird allerdings lediglich eine Beratungsfunktion und keine Beschlußkompetenz zugewiesen (Herscovici 1995, 26).

neuere Entwicklungen im Bereich der Massenmedien, in der Zivilgesellschaft und im Rahmen der »kleinen Öffentlichkeiten«, die die Entstehung einer »politisch fungierenden« Öffentlichkeit begünstigen.

### *Jüngste Transformationen im Medienbereich*

Hintergrund für die zunehmende Bedeutung der Massenmedien in Rahmen des Aufbauprozesses der Öffentlichkeit in Brasilien sind zwei Entwicklungen:

1) *Die Etablierung eines neuen Journalismus*: In den siebziger Jahren, als Vertreter des Militärregimes in den Redaktionen der großen Presseorgane saßen, ihre eiserne »vorbeugende Zensur« übten und die Zeitungen zur Hofberichterstattung zwangen, erlebte die »alternative Presse« ihre Blütezeit. Es entstanden zahlreiche Zeitungen (*Movimento, Pasquim, De Fato, Coojournal, Em Tempo, Versus* etc.), die aufgrund ihrer im Vergleich mit den etablierten Organen kleinen Auflage von den Militärs weniger streng kontrolliert wurden. In ihrer Mehrzahl erschienen sie wöchentlich und wurden in den Kiosken, aber auch im Handverkauf vertrieben. Eine neue Redaktionsstruktur - zumeist selbstverwaltete Kollektive von Journalisten - und vornehmlich ein neuer Stil kennzeichneten diese Organe. Sie brachten »eine andere Sprache und eine gewagte Thematisierung von Anklagen, Entmystifizierung und neue politische Projekte« (Festa 1986, 17) ein.

Als Ende der siebziger Jahre die »demokratische Öffnung« begann, konnte allerdings kaum eines dieser alternativen Organe überleben. Sie starben allmählich aus finanziellen und organisatorischen Gründen aus. Der Stil dieser Blätter überlebte jedoch, da er die journalistische Kultur Brasiliens nachhaltig geprägt hatte. Nach der Lockerung der Pressezensur wurde 1978 nicht nur das Personal der alternativen Blätter in die etablierten Organe aufgenommen, einige dieser Zeitungen versuchten auch, den kritischen Journalismus der »Alternativen« fortzusetzen.

Die heute auflagenstärkste Zeitung Brasiliens *Folha de Sao Paulo* verkörpert diesen Versuch, ihr Konzept von Journalismus mit der gesellschaftlichen Forderung nach mehr Demokratie und Transparenz im politischen Prozeß unmittelbar in Einklang zu bringen, am deutlichsten. Durch ihr entschiedenes Engagement für die Forderung nach der Direktwahl des Staatspräsidenten 1984 erwarb die Zeitung das Vertrauen der liberalen und linken Intellektuellen und konnte in wenigen Jahren ihre Auflage verdoppeln (Michahelles/Leite 1994, 567).

Nach der Erfolgsstory der *Folha* machten sich die anderen wichtigen Presseorgane auch auf die Suche nach offensiveren Kommunikationsformen. Dabei wurde neben der Umgestaltung der graphischen Profile ein journalistischer Stil gefördert, der nach dem Vorbild des amerikanischen

Journalismus die eigenständigen Recherchen fördert (Silva 1991, Kap. IV). Damit wurde die Presse zu einem aktiven »Akteur«, der Korruptionsaffären, heimliche Vereinbarungen und politische Machtmißbräuche aufdeckt und denunziert. Derzeit lassen sich Züge dieses investigativen Journalismus eindeutig auch in den wöchentlichen Nachrichtenmagazinen und nicht zuletzt im TV-Journalismus erkennen.

2) *Die Heterogenität der über die Massenmedien vermittelten ideologischen Inhalte.* Berücksichtigt man die monopolisierte Besitzstruktur der brasilianischen Massenmedien - besonders des Fernsehsektors -, so könnte man eine unproblematische Durchsetzung der Machtansprüche der Medieninhaber vermuten. Vorausgesetzt wird dabei, daß die massenmedialen Botschaften eine geradlinige Resultante aus dem Konzept der Medieneigentümer und der Nachfrage ihres Zielpublikums sind. Doch die Dynamik der Kulturindustrie ist auch, so die These von Miceli (1989, 27ff), durch die Polarisierung in der »Verteilung des schulischen und kulturellen Kapitals« geprägt, die die hierarchisierte brasilianische Gesellschaft kennzeichnet. Eine überqualifizierte Elite von Intellektuellen (Publizisten, Politologen, Soziologen, Schriftsteller, Künstler, etc.), die in ihrem spezifischen Berufszweig keine Beschäftigung finden, fungiert als Kulturproduzent in einem hochtechnisierten und professionalisierten Mediensektor. Im Gegensatz zu dieser intellektuellen Gruppe, die das Massenkulturangebot gestaltet, stehen die Konsumenten der Kulturindustrie, insbesondere der TV-Sendungen, die überwiegend eine geringe Schulbildung besitzen.

Diese Kulturproduzenten weisen ein linksorientiertes weltanschauliches Profil auf, das für die Intellektuellen und Künstler in Brasilien typisch ist. Nach Miceli sind progressive, sozial engagierte und kosmopolitische Ansprüche konstitutive Elemente ihres Weltbildes, was sich notwendigerweise im Werk dieser Kulturproduzenten reflektiert. Die relative Autonomie dieser Intellektuellen in den jeweiligen Medien, also die Freiheit der Kulturproduzenten, das massenmediale Angebot mit ihrer Weltanschauung zu färben, wird folgendermaßen erklärt:

»[Sie] beherrschen die technischen Sprachen der elektronischen und der Printmedien, die erfolgreichsten Botschaften und Kulturgüter, wie beispielsweise die soap operas und Fernsehserien, und die inhaltlichen und graphischen Umgestaltungskonzepte der wichtigsten Zeitungen und Zeitschriften. In ihren Arbeiten lassen sich diese Professionellen von einer Diagnose der brasilianischen Gesellschaft leiten, die sich auf eine Fülle von Akteuren und sozialen Erfahrungen bezieht« (ebd., 31).<sup>13</sup>

13 Die Selbsteinschätzung der brasilianischen Journalisten stimmt weitgehend mit der Darstellung Micelis überein. Einer jüngeren - und im brasilianischen Kontext innovativen - Untersuchung zufolge behauptet nur ein im Vergleich mit ihren amerikanischen Berufskollegen kleiner Anteil der brasilianischen Journalisten, daß ihre Arbeit von den Vorgesetzten kontrolliert wird (Cardoso 1995, 133). Ferner schreiben sie sich selbst den Lesern

Damit wird behauptet, daß in der brasilianischen Medienlandschaft folgende originelle Personalkonstellation besteht: Riesenunternehmen müssen inhaltlich und ästhetisch fortschrittlichen Konzepten bzw. Kulturproduzenten gewisse Freiräume zugestehen, um die Qualität und Verkäuflichkeit ihrer Produkte aufrechtzuerhalten. Die Größe dieser Spielräume ist jedoch nicht konstant und wird von finanziellen und ideologischen Verhandlungen bestimmt, »die typisch für die Produktionsverhältnisse der Kulturindustrie sind« (Silva 1986, 35).<sup>14</sup>

Die von Massenmedien vermittelten Botschaften ergeben sich somit aus einem dreipoligen Spannungsfeld, in dem sich die Weltanschauung der Kulturproduzenten, die Nachfrage des Publikums (Einschaltquoten) und die Interessen der Medieneigentümer bzw. ihrer politischen Bundesgenossen gegenüber stehen. Deshalb sind diese Botschaften inhaltlich ambivalent. Ein Teil dieser Produktionen, selbst im besonders massenwirksamen TV-Bereich, enthält eine wirklichkeitsnahe Darstellung der brasilianischen Gesellschaft und schafft die Grundlage für eine kritische Wahrnehmung und Reflektion der gegenwärtigen Probleme.<sup>15</sup>

### *Der Aufbau der Zivilgesellschaft*

Eine mittlerweile fast unüberschaubare Fülle von Beiträgen widmete sich bereits der Untersuchung der Rolle, die die seit den siebziger Jahren wachsenden sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und andere zivilgesellschaftliche Akteure im Demokratisierungsprozeß Brasiliens spielten bzw. weiterhin spielen (so etwa Alvarez 1989; Boschi 1987; Cardoso 1992; Scherer-Warren 1993). In diesen Beiträgen wird sowohl auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die die vorhandenen politischen Strukturen und die

---

bzw. Zuschauern gegenüber eine »Aufklärungsmission« zu: Sie wollen »ein Publikum ausbilden, das in der Tat nicht an einer Ausbildung interessiert ist. Das Publikum muß gut informiert werden, denn es handelt sich um eine manipulierbare Gruppe« (ebd., 135).

- 14 Ein extremes Beispiel für diese Verhandlungen führt Straubhaar (1989) an. Er zeigt auf, wie 1984 Rede Globo, die anfangs in ihrer Berichterstattung die Bewegung für eine Direktwahl des Präsidenten ignorierte bzw. negativ darstellte, allmählich zu einer positiven Schilderung, ja zu einer Ermutigung der Demonstranten kam. Diese Positionswende führt der Autor neben anderen Faktoren auch auf die »interne Kritik« zurück: »a number of TV Globo journalists were highly critical of the station's position and may even have threatened to strike if Globo did not begin to support the campaign elections.«
- 15 Die hier aufgeführte, gemäßigt optimistische Darstellung der brasilianischen Massenmedien nimmt Abstand sowohl von der immer wiederkehrenden Bewertung jener Linken, die im Bildschirm und in den etablierten Printmedien nur Manipulation und Desinformation sehen, als auch von m. E. unrealistisch enthusiastischen Ansichten, wie der von Alain Touraine (1989, 143). Diesem Autor zufolge ist das Fernsehen in Lateinamerika ein Instrument zur Rückkehr in die soziale Realität: Während in Europa das Fernsehen angesichts der verfestigten Sozialstrukturen einen Raum für »Imagination und Antizipation« darstelle, »weist dieses Medium dagegen in Lateinamerika Pfade in einem Kontext, in dem unbeschränkte und sozial unbestimmte Aspirationen vorherrschen«.

etablierten Formen der Interessenvertretung für die Handlungen dieser Bewegungen darstellen, als auch auf die Bedeutung dieser Bewegungen für die Transformation der politischen Konstellation. An dieser Stelle soll nun lediglich versucht werden, die Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure beim Aufbau einer poröseren, aber auch transparenten Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Die politischen Beiträge dieser neuen Akteure entfalten sich auf mindestens drei sich gegenseitig ergänzenden Ebenen:

1) *Erzeugung von Gegenöffentlichkeit*:<sup>16</sup> Noch während der Militärherrschaft gab es Organisationen, die sich darauf spezialisiert hatten, systematisch Informationen zu einem Sachgebiet auszuwerten und die der offiziellen Betrachtung der gesellschaftlichen Realität widersprachen. Die katholische Kirche leistete verschiedenen Initiativen dieser Art Beistand. Der katholische Klerus und andere Institutionen waren beispielsweise die Initiatoren des bekannten Buchprojektes »Tortura Nunca Mais« (Nie wieder Folter), das zu einer Bastion des Widerstandes gegen die Verletzung der Menschenrechte und der Aufdeckung der von den Militärs verübten Verbrechen wurde (Eloysa 1987). Ebenfalls innerhalb der Kirche bildeten sich Arbeitsgruppen heraus, wie das 1972 gegründete Indianerkomitee (CIMI) und die 1975 gegründete Kommission für Landprobleme (CPT), die durch ihren Kontakt mit den Indianern bzw. mit Gebieten, in denen unklare Landbesitzverhältnisse vorherrschen, Informationen über verdeckte Konflikte (Indianer/Goldsucher, Landbesetzer/Großgrundbesitzer etc.) in die Öffentlichkeit bringen. Weder die Presse noch die Behörden hatten de facto bis zu der Entstehung dieser Gruppen ihre Aufmerksamkeit auf diese Regionen und die dort herrschenden Konfliktfelder gerichtet (Della Cava 1989, 151ff; Schürger, 1994, 244ff).

Ebenfalls durch die Unterstützung der katholischen Kirche entstand 1981 das IBASE (brasilianisches Institut für soziale und wirtschaftliche Analysen), ein Institut, das statistische Daten und soziale Informationen zu bestimmten Sachfragen zusammenstellt (Merz/Wernicke 1995, 10). Verschiedene soziale Bewegungen berufen sich auf diese Daten, um ihre Forderungen und Argumentationsstrategien zu formulieren.

Abseits der Kirche stellen DIEESE (Abteilung für soziale und wirtschaftliche Studien und Statistiken) und DIAP (Abteilung für parlamentarische Beratung) Beispiele von Initiativen dar, die seit ihrem Entstehen eine wachsende öffentliche Bedeutung gewonnen haben. Beide Initiativen wurden von einem Pool von Gewerkschaften auf die Beine gestellt. DIEESE wertet Wirtschaftsstatistiken aus, die die Gewerkschaften ihren Lohnver-

---

16 Der Begriff Gegenöffentlichkeit (bzw. Gegendiagnose) wird hier wie bei Rucht (1988, 291) im Sinne »einer über Einzelfragen hinausgehenden Opposition zu 'etablierten' Fachpositionen und Öffentlichkeitsstrukturen« verwendet.

handlungen zugrunde legen. DIAP kontrolliert die parlamentarische Betätigung der Abgeordneten und unterstützt Gewerkschaften und soziale Bewegungen bei ihrem Umgang mit parlamentarischen Fragen.

Neben diesen landesweiten Organisationen gibt es noch eine Vielzahl kleinerer Nichtregierungsorganisationen, die auf der jeweiligen lokalen Ebene Relevanz besitzen. Das Verdienst all dieser Organisationen besteht darin, Informationen zu würdigen, die sonst verborgen geblieben wären. Diese Informationen dienen auch der etablierten Presse, die sich auf die Daten der Gegenöffentlichkeit beruft, um offizielle Informationen und Diagnosen zu überprüfen. Dadurch erwerben diese Institutionen ein zunehmendes soziales Gewicht und wachsenden publizistischen Einfluß. Mit ihnen treten aber auch deren öffentliche Vertreter ins Licht der Öffentlichkeit: Sie werden zu prominenten Persönlichkeiten, auf die das Ansehen und die Reputation der Organisation übertragen werden. Ihnen gelingt es oft, neue Themen in die öffentliche Debatte einzuführen, da ihre Äußerungen häufig unmittelbar von der Presse aufgenommen werden, als würden sie per se einen »Nachrichtenwert« besitzen.

2) *Die Erweiterung der öffentlich diskutierten Problembereiche:* Die Herausbildung von kollektiven Akteuren entspricht normalerweise einer thematischen Erweiterung des öffentlichen Diskurses, da die neuen Akteure die öffentliche Aufmerksamkeit auf neue Problemlagen lenken bzw. neue Ansichten über gesellschaftlich bereits erfaßte Probleme hervorbringen. In der jüngsten brasilianischen Geschichte löste die Entstehung einiger Bewegungen eine breite öffentliche Diskussion über Fragen aus, die noch nicht als gesamtgesellschaftlich relevant wahrgenommen worden waren. Die öffentliche Behandlung dieser Themen führte nicht selten zu politischen bzw. staatlichen Interventionen im betreffenden Bereich.

Die Anliegen der *Frauenbewegung* sind paradigmatisch dafür, wie soziale Bewegungen neue Themenschwerpunkte in die Öffentlichkeit hineintragen können. Fragen, wie Gewalt gegen Frauen, Kindertagesstätten, Empfängnisverhütung und Sexualität galten noch vor zwanzig Jahren als privat- und damit als öffentliche Tabuthemen. Anfang der achtziger Jahre hingegen wurden diese Probleme bereits in die Wahlprogramme zahlreicher Parteien und Kandidaten mit Nachdruck aufgenommen und erhielten dadurch öffentliche Bedeutung. Diese schnelle politische Wende ist, so Alvarez (1989), neben der zunehmenden Anerkennung geschlechtsspezifischer Fragen auf internationaler Ebene dem öffentlichen Druck der brasilianischen Frauenbewegung zu verdanken.

Die *Schwarzenbewegung*, die ebenfalls in den siebziger Jahren wiederauflebte, zeigt, daß die Entstehung neuer sozialer Akteure die Aufnahme neuartiger Problemlagen in die öffentliche Thematisierung befördern kann.

Dies geht unmißverständlich aus der Untersuchung von Andrews (1993) hervor. In Anbetracht der jüngsten Geschichte der brasilianischen Schwarzenbewegung zeigt der Autor wie diese »forced the issues of racial discrimination and inequality on to the national political agenda and provoked a society-wide debate on how to deal with them« (Andrews 1993, 170, Herv. S.C.).

Als drittes Beispiel läßt sich die *Ökologiebewegung* nennen, die auch Anfang der siebziger Jahren entstand. Sie konnte im Hinblick auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für ihre Botschaften einige Erfolge verbuchen. Der in puncto Umweltschutz fortschrittliche Charakter der 1988 entstandenen Verfassung ist zu einem großen Teil der Ökologiebewegung zu verdanken (Viola/Nickel 1994).

Die landesweit organisierte *Landlosenbewegung* versucht ebenfalls, durch spektakuläre Aktionen (Landbesetzungen, Straßensperren usw.) die Gesellschaft von der Wichtigkeit ihres Protests bzw. der Richtigkeit ihrer Forderungen zu überzeugen und darüber hinaus Druck auf die Entscheidungsträger auszuüben (Navarro 1994).

3) *Förderung der in der Lebenswelt verankerten Kommunikationsmöglichkeiten*: Wahrscheinlich würden nur noch sehr wenige Sozialwissenschaftler die These vertreten, nach der die sozialen Bewegungen Keimzellen sind, in denen horizontale Beziehungsmuster herrschen und postmaterialistische Lebensformen kultiviert werden. Dieser noch Anfang der achtziger Jahre in Lateinamerika sehr verbreiteten Ansicht zufolge würden sich die in den Bewegungsmilieus geförderten Werte und Umgangsformen allmählich auf die gesamtgesellschaftlichen Beziehungen übertragen und somit die Fundamente der herrschenden autoritären politischen Kultur untergraben (Evers 1984). Mehrere Untersuchungen haben indessen gezeigt, daß die in Lateinamerika aufgetretenen sozialen Bewegungen aufgrund ihrer zyklischen Dynamik lediglich in wenigen Phasen ihrer Geschichte - wenn überhaupt - alternative Organisationsmuster aufweisen. Im übrigen Zeitraum reproduzieren sie jene bürokratischen und hierarchisierten Umgangs- und Organisationsformen, die in der Gesellschaft überwiegen (Boschi 1987, 60). Außerdem - so wird herausgestellt - umfassen diese Bewegungen einen so geringen Anteil an der Bevölkerung, daß es äußerst unrealistisch wäre, mit der Verallgemeinerung der bei ihnen angeblich kultivierten Sitten und Werte zu rechnen (Vigevani 1989, 105).

Hier soll nicht versucht werden, die erstgenannte enthusiastische These zu rehabilitieren. Es soll lediglich darauf aufmerksam gemacht werden, daß Transformationen in der »kommunikativen Infrastruktur der Lebenswelt« mit dem Aufkommen neuer Vereinigungen (soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, christliche Basisgemeinden, Mütterclubs etc.) zusammenhän-

gen. Anhand von kollektiven Aktionen entstehen neue Treffpunkte und alternative Interaktionsräume, in denen sich die Teilnehmer über im Alltag auftretende Probleme austauschen können. Somit werden die Kommunikationsmöglichkeiten gefördert, die sich inhaltlich und räumlich auf die Lebenswelt beziehen.

Jeder zivilgesellschaftliche Akteur fördert also lebensweltliche Kommunikationsformen. Diese Eigenschaft entspricht der oben erwähnten *defensiven Dimension* dieser Akteure und drückt ihre Fähigkeit aus, als erster Resonanzboden für die in ihrem Lebensbereich wahrgenommenen gesellschaftlichen Probleme zu fungieren.

### *Aufrechterhaltung und Erweiterung der »kleinen« Öffentlichkeiten*

Gerhards und Neidhart (1990, 20ff) beschreiben im Anschluß an Goffman und Luhmann die »einfachen Interaktionssysteme«, die derjenigen Öffentlichkeitsebene mit dem geringsten strukturellen Verfestigungsgrad entsprechen. Dabei handelt es sich um zufällige Zusammentreffen von Menschen, die miteinander kommunizieren: im Lebensmittelgeschäft, Imbiß etc. Die Autoren behaupten, daß diesen Interaktionen aufgrund ihrer Voraussetzunglosigkeit eine »hohe Offenheit und Umweltsensibilität« inne- wohnen. Dennoch schreiben die Verfasser diesen nicht organisierten (oder kleinen) Öffentlichkeiten eine untergeordnete politische Rolle zu, denn die unsystematische Themensammlung und die Diskontinuität der Themenführung, die dabei vorherrschen, begünstigen die Generierung von Meinungen auf dieser Ebene nicht.

Im brasilianischen Kontext scheint es allerdings, daß diesen kleinen Öffentlichkeiten eine relevante politische Bedeutung zukommt. Dies geht aus mehreren Untersuchungen hervor. Dabei handelt es sich vornehmlich um Fallstudien, die aus einer urbananthropologischen Perspektive Sozialisationsprozesse und Organisationsmuster der städtischen Bevölkerung - vornehmlich der in Randbezirken lebenden Bevölkerungsgruppen - darstellen (vgl. u.a. Caldeira 1984; Magnani 1984; Sader 1988; Zaluar 1985).

In seiner Studie über Freizeitgestaltung in der Peripherie Sao Paulos geht Magnani (1984) auf die geographisch ausgegrenzten Sozialräume ein, die sich im Rahmen der Wohnorte herausbilden und stellt fest, daß dabei nicht bloß zufällige und unstetige Interaktionen stattfinden, sondern Beziehungen, die sich in ein komplexes Sozialgefüge einordnen lassen. Diese Sozialräume, die Magnani »pedaço« - vergleichbar mit Kiez im Deutschen - nennt, fungieren als intermediäre Sphäre zwischen der Häuslichkeit und der Öffentlichkeit und sorgen für ein Minimum an festen gesellschaftlichen Bindungen in einem Kontext, der durch unbeständige Arbeitsverhältnisse und prekäre Existenzgrundlagen gekennzeichnet ist.

Der Pedaço-Kern wird räumlich von bestimmten Bezugspunkten definiert: »die öffentliche Telefonzelle, die Bäckerei, einige Kneipen und Geschäfte, die 'Búzio-Stelle',<sup>17</sup> der Umbanda-Hof und die Kirche, der Fußballplatz und vielleicht ein Tanzsalon« (Magnani 1984, 137). An diesen Orten werden Mitteilungen aufgehängt, Informationen und Meinungen ausgetauscht. Personen treffen und unterhalten sich. Die pedações stellen eine Öffentlichkeitsebene dar, die zwar kein herrschaftsfreier Kommunikationsraum ist, denn sie reproduziert die in der Gesellschaft herrschenden asymmetrischen Machtverhältnisse. Die pedações können aber auch nicht als »einfache Interaktionssysteme« beschrieben werden, weil sie eher Sphären entsprechen, in denen ein regelmäßiger und systematischer Meinungsaustausch erfolgt. Sie können aus der Perspektive derjenigen, die zu einem pedação gehören, durchaus als Zellen der allgemeinen (im Sinne einer nicht ausschließlich politischen) Meinungsbildung bezeichnet werden.

Sader stellt fest (1988, 119ff), daß in diesen kleinen Öffentlichkeiten, die im Zusammenhang mit dem Wohnbereich entstehen, die massenmedialen Botschaften durch den unmittelbar persönlichen kommunikativen Austausch umformuliert werden und neue Realitätsdarstellungen zustande kommen. Sader zufolge stellen diese Öffentlichkeiten Widerstandsstrukturen dar, die in der Militärrherrschaft weiter existierten, während andere Institutionen des freien Meinungsaustausches (freie Presse, zivilgesellschaftliche Organisationen etc.) stark eingeschränkt wurden. Deshalb wurden sie zu dem »Boden, aus dem die sozialen Bewegungen, die Mitte der siebziger Jahre entstanden, aufkeimten« (ebd., 121).

Ferner zeigt Sader auf, daß das herrschende urbane Wachstumsmodell die Aufrechterhaltung dieser kleinen Öffentlichkeiten permanent gefährdet, da Grünanlagen und Freizeitgelände (Sportplätze, Kneipen usw.) vor neuen Straßen weichen müssen. Dabei werden Slums geräumt und ganze Freundeskreise zerstreut. Nichtsdestotrotz weisen die kleinen Öffentlichkeiten bislang eine herausragende Überlebensfähigkeit auf: Pedações bilden sich immer wieder neu in der urbanen Landschaft heraus.

#### 4. Schlußfolgerung

Jüngste Transformationen in der brasilianischen Gesellschaft deuten darauf hin, daß seit dem Zerfall des Militärrégimes ein Prozeß der Herausbildung einer - sowohl im funktionalistischen als auch im diskurstheoretisch emphatischen Sinne - demokratischen Öffentlichkeit stattfindet. Was die

---

17 Stuben, in denen Kaurimuscheln geworfen werden, um aus ihnen nach afrobrasilianischen Traditionen zu lesen, welcher Gottheit die betreffende Person geweiht werden kann (vgl. Oliveira Pinto 1986). Der erwähnte »Umbanda-Hof« steht ebenfalls in diesem religiös-kulturellen Zusammenhang.

funktionalistische Konzeption anbelangt, begründen die Weiterverbreitung und Ausdifferenzierung der Massenmedien neben der Multiplizierung der »Öffentlichkeitsakteure« die Auffassung, daß sich die brasilianische Öffentlichkeit immer mehr als ein intermediäres System konsolidiert, das Themen und Meinungen aufnimmt, verarbeitet und an die Bürger und an das politische System weitervermittelt. Aus der diskurstheoretischen Perspektive heraus scheint die sich im Aufbau befindende brasilianische Öffentlichkeit zunehmend befähigt, dem ihr in jenem Modell zugeschriebenen demokratischen Anspruch gerecht zu werden. Dieser läuft darauf hinaus, daß die Öffentlichkeit über die Manipulationsversuche hinweg als Resonanzboden fungiert, über den die an der Lebenswelt kondensierten Kommunikationsströme in die demokratisch verfaßten Beschlußgremien hineinfließen, um so die dabei getroffenen Entscheidungen zu beeinflussen. Hier werden die Entstehung kritischer Massenmedien, die Ausdehnung der Zivilgesellschaft und die Aufrechterhaltung kleiner Öffentlichkeiten als Begründung für die These herangezogen, daß die in den eigenen Lebensbereichen wahrgenommenen Probleme de facto in die Öffentlichkeit getragen werden (können).

Diese Transformationsprozesse der brasilianischen Öffentlichkeit führen gewiß nicht unmittelbar zu der Aufhebung klientelistischer Netzwerke und ihrer verborgenen Einflußnahme auf die Politik. Doch schrittweise verändern sich die Mechanismen der Legitimationsgewinnung: Die Legitimation politischer Herrschaft basiert immer weniger auf der traditionellen Verteilung der Regierungsposten unter den Eliten bzw. der klientelistischen Distribution öffentlicher Güter zugunsten armer Bevölkerungsgruppen, sie stellt jetzt zunehmend ein Bemühen um publizistische Überzeugung und gesellschaftliche Zustimmung dar.

## Literatur

- Alvarez, Sonia E. (1989): Politicizing Gender und Engendering Democracy, in: Stepan, A. (Hrsg), *Democratizing Brazil*, Oxford, 205-251.
- Amaral, R.; Guimaraes, C. (1994): Media Monopol in Brasil, in: *Journal of Communication*, Vol. 44, Nr.4, 26-38.
- Andrews, G. R. (1993): Black Political Protest in Sao Paulo - 1888-1988, in: *Journal of Latin American Studies*, Nr. 24, 147-171.
- Benhabib, S. (1992): Models of Public Space: Hannah Arendt, the liberal Tradition, and Jürgen Habermas, in: Calhoun, C. (Hg), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge, 73-98.
- Boschi, R.R. (1987): *A Arte da Associação*, Rio de Janeiro
- Caldeira, Teresa P. R. (1984): *A Política dos Outros*, Sao Paulo.
- Cardoso, Adalberto M. (1995): Jornalistas: Ética e Democracia no Exercício da Profissão, in: *Novos Estudos*, Nr. 42, 130-140.
- Cardoso, Ruth (1992): Popular Movements in the Context of the Consolidation of Democracy in Brasil, in: Escobar, A.; Alvarez, S., *The Making of Social Movements in Latin America*, San Francisco, 291-302.

- Cohen, J.; Arato, A. (1992): *Civil Society and Political Theory*, Cambridge.
- DaMatta, Roberto (1985): *A Casa e a Rua. Espaço, Cidadania, Mulher e Morte no Brasil*, Sao Paulo.
- DaMatta, Roberto u.a. (1992): *Brasileiro: Cidadão?* Sao Paulo.
- Della Cava, R. (1989): The 'People's Church', the Vatican and 'Abertura', in: Stepan, A. (Hrsg), *Democratizing Brazil*, Oxford, 143-167.
- Eloysa, Branca (Hrsg.) (1987): *I Seminário do Grupo Tortura Nunca Mais*, Petrópolis.
- Evers, T. (1984): Identidade - A Face Oculta dos Movimentos Sociais, in: *Novos Estudos*, Nr. 10, 24-30.
- Festa, R. (1986) Movimientos Sociales, Comunicación Popular y Alternativa, in: Festa, R. u.a., *Comunicación Popular y Alternativa*, Buenos Aires.
- Flynn, Peter (1993): Collor Corruption and Crisis: Time for Reflection, in: *Journal of L. America Studies*, Nr. 25, 351-371.
- Freyre, G. (1936): *Sobrados e Mucambos: Decadência e Patriarchado Rural no Brasil*, Sao Paulo.
- Gerhards, Jürgen (1993): *Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung*, Opladen.
- Gerhards, J.; Neidhardt, F. (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit - Fragestellungen und Ansätze, WZB, Berlin, Paper FS III 90-101.
- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt/M, Bd. 2.
- Habermas, J. (1985): Der normative Gehalt der Moderne, in: ders., *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt/M, 390-425.
- Habermas, J. (1990): Neues Vorwort, in: ders., *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt/M, 11-50.
- Habermas, J. (1992a): Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff der Öffentlichkeit (Originalerscheinung: 1989), in: ders., *Die Moderne - ein unvollendetes Projekt*. Leipzig, 180-212.
- Habermas, J. (1992b): Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik, in: Münkler, H. (Hrsg), *Die Chancen der Freiheit - Grundprobleme der Demokratie*, München, 11-24.
- Habermas, J. (1992c): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M.
- Herscovici, Alain (1995): La Rede Globo: les paradoxes de la modernité, in: Schneier-Madanes, G. (Hrsg), *L'Amérique Latine et ses Télévisions - Du Local au Mondial*, Paris, 22-42.
- Lima, Venício L. (1993): Brazilian Television in the 1989 Presidential Campaign: Constructing a President, in: Skidmore, T. (Hrsg), *Television, Politics, and the Transition to Democracy in Latin America*, Washington, 97-117.
- Magnani, J. G. C. (1984): *Festa no Pedaco - Cultura Popular e Lazer na Cidade*, Sao Paulo.
- Merz, Martin & Wernicke, Christian (1995): Die neue Internationale, In: *Die Zeit*, Nr. 35, 25.08.95, 9-12.
- Miceli, Sérgio (1989): O papel dos meios de comunicação de massa no Brasil, *Textos IDESP*, Nr 30.
- Michahelles, Kristina, Leite, Marcelo (1994): Presse, Funk, Fernsehen in Brasilien, in: Briesemeister, D. (Hrsg), *Brasilien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt, 564-575.
- Motter, Paulino (1994): O Uso Político das Concessões de Emissora de Rádio e Televisão no Governo Sarney, in: *Comunicação e Política (Nova Série)*, Bd. 1, Nr.1, 89-116.
- Navarro, Sander (1994): Democracy, Citizenship and Representation: Rural Social Movements in Southern Brazil, 1978-1990, in: *Bulletin Latin America Research*, Vol. 13, Nr.2, 129-154.
- Neidhardt, F. (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 34, 7-41.

- O'Donnell, Guillermo (1993): Sobre o Estado, a Democratização e Alguns Problemas Concretuais. Uma visão Latino-Americana com uma rápida olhada em alguns países pós-comunistas, in: *Novos Estudos*, Nr. 36, 123-146.
- Oliveira Pinto, T. (1986): Candomblé, in: ders. (Hrsg.): *Brasilien. Einführung in Musiktraditionen Brasiliens*, Mainz, 160-175.
- Oliveira Vianna, Francisco José (1942): *Pequenos Estudos de Psychologia Social*, Sao Paulo, 3. erw. Auflage.
- Pfetsch, Barbara (1994): Themenkarrieren und Politische Kommunikation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B39/94, 11-20.
- Prandi, Reginaldo (1992): Perto da Magia, Longe da Política, in: *Novos Estudos*, Nr. 34, 81-91.
- Rödel, U.; Frankenberg, G.; Dubiel, H. (1989): *Die demokratische Frage*, Frankfurt/M.
- Rucht, D. (1988): Gegenöffentlichkeit und Gegenexpertise, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, Nr. 2, 291-305.
- Sader, Eder (1988): *Quando Novos Personagens Entraram em Cena*, Rio de Janeiro.
- Santos, W. G. (1993): *Razões da Desordem*, Rio de Janeiro, 2. Auflage.
- Scherer-Warren, I. (1993): Novos Movimentos Sociais, A Construção da Cidadania e o Papel dos Mediadores, in: ders., *Redes de Movimentos Sociais*, Sao Paulo, 49-64.
- Schürger, W. (1994): 'Gottes Erde, Land für alle' - Landprobleme in Brasilien und die Rolle der Kirche, in: Schelsky, D. & Zoller, R. (Hrsg.), *Brasilien. Die Unordnung des Fortschritts*. Frankfurt/M.
- Silva, Carlos E.L. (1986): Las Brechas de la Industria Cultural Brasileña, in: Festa, R. u.a., *Comunicación Popular y Alternativa*, Buenos Aires, 33-52.
- Silva, Carlos E. L. (1991): *O Adiantado da Hora: A Influência Americana sobre o Jornalismo Brasileiro*, Sao Paulo.
- Straubhaar, J.D. (1989): Television and Video in the Transition from Military to Civilian Rule in Brazil, in: *Latin America Research Review*, Vol.24, Nr.1, S. 140-154.
- Touraine, A. (1989): *Palavra e Sangue. Política e Sociedade na América Latina*, Sao Paulo.
- Vigevani, Tullo (1989): Movimentos Sociais na Transição Brasileira: A Dificuldade de Elaboração de um Projeto, in: *Lua Nova*, Nr. 17, 93-109.
- Viola, E.; Nickel, J. (1994): Integrando a Defesa dos Direitos Humanos e do Meio Ambiente: Lições do Brasil, in: *Novos Estudos*, Nr. 40, 171-184.
- Wilke, J. (1992): Massenmedien in Brasilien, in: ders., *Massenmedien in Lateinamerika*, Frankfurt, Bd. 1, 83-141.
- Zaluar, Alba (1985): *A Máquina e a Revolta - As Organizações Populares e o Significado da Pobreza*, Sao Paulo.